

Vorgestellt

Unsere Welt – eine Welt 2

Editorial

Thema des Monats

Neue Arbeitsmarktpolitik bringt
gemeinnützige Träger in Not 4

Forum

Immobilienpreis fürs Kuratorium

Wohnen im Alter 24

Intergenerative Arbeit in der Altenhilfe 24

Paritätischer unterstützt

soziales Forschungsprojekt 24

1.000 Fragen im Plakatformat 24

Humanitäre Hilfe für

Opfer des Irak-Kriegs 25

Spektrum

5. Fachforum Frauenhausarbeit 26

Aus dem Gesamtverband

Paritätischer lehnt Griff in Taschen
der Versicherten ab 27

Klare Leitlinie für Kooperation
mit der Pharmabranche 27

4,5 Millionen Euro aus Stiftungsmitteln 27

Mitmischen im Bundesnetzwerk 27

Freiwilliges Engagement – professionelles
Management 28

Sozialpolitik

Regierung muss Agenda 2010
sozial gerecht überarbeiten 29

Anzeigepflicht erhöht

Hemmschwelle für Zeugen 30

Haack rügt "bürgerfeindliches Verhalten" 30

Argumente für ein Bundespflege-
Leistungsgesetz 31

Vorschlag für höhere

Tabaksteuer aufgegriffen 31

Paritätischer kritisiert mangelhafte

Umsetzung des SGB IX 31

Impulse für die Zivilgesellschaft 32

Aktionsplan gegen Armut und Ausgrenzung 33

Lesen & Surfen

Buchbesprechung

Impressum

Was – Wann – Wo?

Lieber Leserin, lieber Leser,

"Jeder Mensch hat das Recht zu arbeiten", so heißt es in der Europäischen Grundrechtscharta. Für Millionen Arbeitssuchende steht dieses Recht jedoch nur auf dem Papier. Doch anstatt wirksame Wege zu suchen, um Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, reagieren Politik und Wirtschaft nahezu einhellig mit der Forderung nach rigiden Maßnahmen gegen Arbeitslose.

"Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau". Dieses Zitat stammt nicht aus einer Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, sondern aus dem Wahlprogramm der SPD zu den Bundestagswahlen 2002. Von den noch vor kurzem postulierten Zielen ist inzwischen keine Rede mehr. Stattdessen soll die Arbeitslosenhilfe künftig durch eine andere Leistung auf dem Niveau der Sozialhilfe ersetzt werden. Allein durch diese Maßnahme werden über 3,1 Millionen Menschen zu einem Leben in Armut verurteilt. Darüber hinaus soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes – immerhin eine Versicherungsleistung – drastisch reduziert werden. Doch damit nicht genug. Auch bestehende Möglichkeiten zur Streichung oder Kürzung der Sozialhilfe sollen ausgebaut werden. Generell scheint es bei der Kürzung von Sozialleistungen nicht an Phantasie und Kreativität zu fehlen. Wenn es jedoch um Beschäftigungsförderung geht, dann fehlt es auf offizieller Seite an Phantasie und Kreativität. Hier wären sie aber nötig. Denn wo ein Wille zur Aufnahme einer Beschäftigung ist, ist noch lange kein Weg. Im April 2003 stehen 4.495.200 registrierten Arbeitslosen – die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist weitaus größer – 419.038 freie Arbeitsplätze gegenüber. Dabei mangelt es nicht an der Bereitschaft, niedrig bezahlte Jobs



anzunehmen. Nicht nur im Pflegebereich gibt es viele Stellen, bei denen ein Monats-Bruttoverdienst von 900 Euro für eine Vollzeitätigkeit Realität ist. Neue Arbeitsplätze entstehen dennoch nicht. Der vielbeschworene Grundsatz vom "Fördern und Fordern" muss deshalb auch für den Staat gelten. Die Politik des Rückzugs aus der Arbeitsmarktförderung muss beendet werden, denn sonst wird nicht zuletzt die ohnehin geschwächte soziale Infrastruktur nachhaltig beschädigt. Der Rückzug aus der Verantwortung ist gerade keine verantwortliche Politik. Das gilt auch für die Arbeitsverwaltung. In Franz Kafkas Roman "Das Schloss" sieht sich die Hauptperson, Landvermesser K., bei dem Versuch seiner Arbeit nachzugehen, einer mächtigen Verwaltung gegenüber. Von dort erhält er nur widersprüchliche Auskünfte. Man begegnet ihm mit Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit. Nicht wenige Menschen, Initiativen und Träger fühlen sich an Kafkas Roman erinnert, wenn sie mit der staatlichen Arbeitsverwaltung zu tun haben. Das muss sich ändern. Reformbedarf besteht nicht im Bereich von angeblich zu großzügigen Leistungen. Er besteht vielmehr bei der Förderung und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Herzlichst Ihre

Barbara Stolterfoht

Barbara Stolterfoht
Vorsitzende des Paritätischen
Gesamtverbands